



**F r e i e H a n s e s t a d t B r e m e n**

**Rede des Präsidenten des Senats,  
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte,  
anlässlich der Debatte zum Entwurf der Gas-/Strom- und  
Wärmepreisbremse**

**in der 1029. Sitzung des Bundesrates  
am 16. Dezember 2022**



## **Es gilt das gesprochene Wort!**

Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine stürzt nicht nur die Menschen dort in Tod, Not und Elend. Der Krieg beeinträchtigt auch das Leben hier in Deutschland massiv.

Bund und Länder haben deshalb schon vor der Sommerpause mit zwei Entlastungspaketen gegengesteuert. Beide Milliarden schwer – und dennoch nicht ausreichend. Vielmehr war es notwendig, das Problem direkt an der Wurzel zu packen - bei den stark gestiegenen Energiepreisen. Der Bund setze eine Expertenkommission ein und es wurde das Entlastungspaket III mit einem Volumen von über 200 Milliarden Euro beschlossen.

Die heute zur Beschlussfassung vorliegenden Gesetze zur Strom-, Gas- und Wärmepreisbremse setzen die Kernpunkte dieses dritten Entlastungspakets um. Und um es ganz deutlich zu sagen: Das ist gut, das ist richtig und das wird von Bremen unterstützt!

Die Länder haben sich unter anderem im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz mehrfach und intensiv in die Beratungen eingebracht und eigene Vorschläge entwickelt. Und ich bin ausgesprochen froh darüber, dass sich die Bundesregierung einige dieser Vorschläge zu eigen gemacht hat. Zwei davon möchte hervorheben:

➤ Es ist gut, dass die Bremse nicht wie ursprünglich vorgesehen erst zum 1. März, sondern schon zum 1. Januar 2023 greift. Dadurch vermeiden wir ein „Winterloch“ bei den Energiehilfen.



Rede von  
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte  
am 16. Dezember 2022 in der 1029. Sitzung des Bundesrates

➤ Und es ist gut, dass der Bund – wie von der Gaspreiskommission vorgeschlagen – nun doch Hilfen für Menschen anbietet, die mit Öl oder Pellets heizen. Ja, die späte Einsicht des Bundes wird uns Länder massiv unter Zeitdruck setzen, weil die Hilfen auch rechtzeitig bei den Leuten ankommen müssen. Aber das ist mir immer noch lieber, als dass wir die Betroffenen mit ihren Sorgen alleine gelassen hätten.

Ich möchte aber auch zwei offene Fragen ansprechen, auf die wir erst noch eine Antwort finden müssen – und die mir durchaus Sorgen machen.

➤ Erstens: Wie können wir verhindern, dass die Energiekonzerne die Preisbremse missbrauchen und für Öl und Gas grundlos immer mehr kassieren?

Erst in den nächsten Wochen wird sich zeigen, ob die jetzt vorgesehenen Regelungen dem in der Praxis einen Riegel vorschieben können.

➤ Zweitens: Wie verhindern wir, dass einige Menschen demnächst im Kalten und im Dunklen sitzen, weil sie trotz aller beschlossenen Unterstützungsmaßnahmen die Rechnung beim Versorger einfach nicht mehr bezahlen konnten?

Dass die Versorger Betroffenen künftig eine Abwendungsvereinbarung anbieten müssen, ist zweifellos ein Schritt in die richtige Richtung. Ich fürchte allerdings: das reicht nicht. Und deshalb würde ich es sehr begrüßen, wenn wir auf Grundlage des Bremer Antrages für ein Energiesperren-Moratorium hier im Bundesrat zeitnah noch einmal diskutieren könnten, ob wir nicht zu einer verbindlicheren, zu einer weitergehenden Regelung kommen können. Derzeit, das wissen Sie, befindet sich unser Antrag in den Ausschüssen des Bundesrats.



Rede von  
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte  
am 16. Dezember 2022 in der 1029. Sitzung des Bundesrates

Meine Damen und Herren,

die beschlossenen Entlastungspakete I bis III führen den Staat auf all seinen Ebenen - Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherungen - an seine finanzielle Belastungsgrenze. Trotzdem gibt es dazu keine Alternative, wenn wir wollen, dass wir gemeinsam gut durch die Krise kommen.

Aber es gibt auch die andere Seite der Medaille. Es gibt auch die, die sich an Krieg und Krise eine goldene Nase verdienen. Vor der Sommerpause hat das Land Bremen deshalb hier im Bundesrat einen Antrag zur Einführung einer Übergewinnsteuer eingebracht, weil auch die Krisengewinner ihren „gerechten“ Anteil an den Kosten der Entlastungspakete übernehmen sollten.

Und obwohl der Antrag damals keine Mehrheit fand, ist nun eine Abschöpfung von Überschuss-Erlösen am Strommarkt und in der Energiewirtschaft zur Finanzierung der Strompreisbremse vorgesehen. Es wird Sie nicht wundern, wenn ich sage: Ich begrüße das ausdrücklich, auch wenn die Bundesregierung den von der EU gesetzten Rahmen nicht vollständig ausschöpft. Hier hätte ich mir mehr Mut gewünscht.

Meine Damen und Herren,

die gegenwärtige Krise führt nicht nur zu erheblichen Wohlstandsverlusten in breiten Teilen der Bevölkerung. Sie ist auch ein großer „Ungleichmacher“, denn sie trifft Arme deutlich stärker als Reiche.



Rede von  
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte  
am 16. Dezember 2022 in der 1029. Sitzung des Bundesrates

Deswegen halte ich es für unabdingbar, dass Menschen mit sehr hohen Einkommen oder Vermögen einen Sonderbeitrag zur Finanzierung der staatlichen Anti-Krisen-Maßnahmen leisten. Dem Vorschlag der Wirtschaftsweisen einen speziellen „Energie-Soli“ für Spitzenverdiener einzuführen, kann ich einiges abgewinnen.

Wir werden, davon bin ich fest überzeugt, die Debatte über einen solchen solidarischen Lastenausgleich im nächsten Jahr führen **müssen**, wenn wir den Staat weiter handlungsfähig und die Gesellschaft zusammenhalten wollen.

Herzlichen Dank.